

# Grünes Licht aus Brüssel

## Montenegro könnte 2028 das nächste Mitglied der EU werden. Gräben der Vergangenheit sind tief

Von Slavko Stilinović

Die EU-Befürworter in Montenegro dürfen jubeln. Am Mittwoch beschlossen die 27 ständigen Vertreter der Union in Brüssel, den Entwurf eines Beitrittsvertrags für das Balkanland auf den Weg zu bringen. »Glückwunsch an Montenegro - wir haben heute einen großen Schritt für euren Beitritt zur Europäischen Union getan«, teilte Ratspräsident António Costa laut *AFP* mit. »Seit mehr als einem Jahrzehnt startet die EU den Countdown für die nächste Erweiterung«, erklärte er. Schon 2024 hatte Montenegros Präsident Jakov Milatović auf der »Münchener Sicherheitskonferenz« 2028 als Beitrittstermin genannt. Das scheint nun erreichbar.

Doch das Verhältnis Montenegros zur EU ist nicht ungetrübt. Bester Beweis dafür ist das Datum, an dem die Ankündigung aus Brüssel Montenegro erreichte. Denn 2024 war der 22. April vom Parlament in Podgorica zum »Tag des Gedenkens an die Opfer des Völkermords an den Serben, Juden und Roma« im Zweiten Weltkrieg erklärt worden. Zum ersten Mal abgehalten wurde das Gedenken in diesem Jahr, und zwar nicht am Mittwoch selbst, sondern schon am Vorabend mit einer Veranstaltung in einer Konzerthalle der Hauptstadt. Das geschah nicht ohne offiziellen Protest aus einer weiteren früheren jugoslawischen Teilrepublik: aus Kroatien, das 2013 als bisher letztes Land der EU beigetreten war und von Anfang an die sogenannte Jasenovac-Resolution der montenegrinischen Volksvertretung verurteilt hatte.

Der Hintergrund: Im Mai 2024 hatte die UNO mit Zustimmung Montenegros die Massaker an den bosnischen Muslimen in Srebrenica im Jahr 1995 zum Genozid erklärt. Das führte in Montenegro zu Unmut, da die dort lebenden Serben, die ein Drittel der Bevölkerung des 600.000-Einwohner-Landes ausmachen, dies als einseitig ablehnen. Also startete Parlamentspräsident Andrija Mandić, Chef der Partei Neue Serbische Demokratie, die Initiative, am 22. April an die Opfer des während der Nazibesatzung vom faschistischen kroatischen Ustascha-Staat errichteten Konzentrationslagers Jasenovac zu erinnern. Später wurden auch die Konzentrationslager Mauthausen und Dachau und alle Juden, Roma und Serben einbezogen, die von den Nazis und ihren Schergen ermordet worden waren.

In dem in Kroatien gelegenen KZ Jasenovac wurden seinerzeit geschätzte 100.000 Serben, Juden, Roma und Antifaschisten umgebracht. Am 22. April 1945 versuchten die letzten Insassen einen Ausbruch. Doch nur wenigen gelang die Flucht, die meisten wurden von den Ustascha-Faschisten ermordet. Doch die Kroaten waren nicht die einzigen Jugoslawen, die mit den Achsenmächten

kollaborierten: Die Tschetnik-Bewegung, eine serbische Miliz, kämpfte zunächst gegen die Faschisten, richtete sich später aber gegen die kommunistischen Partisanen des Marschalls Tito. Die Position des heutigen Serbien zu den Tschetniks bleibt dabei widersprüchlich: Während auf politischer Ebene eine antifaschistische Position eingenommen wird, wird anhand von Gesetzen und Gerichtsurteilen eine faktische Rehabilitierung der Bewegung vorangetrieben.

Ein Abgeordneter der kroatischen Minderheit in Montenegro, Adrijan Vuksanović von der Kroatischen Bürgerinitiative, hält die Verurteilung des Ustascha-Regimes zwar für notwendig. Er kritisiert aber, dass jene, die sich mit dem Tschetnik-Erbe identifizierten und den »Völkermord in Srebrenica« leugneten, am wenigsten Recht hätten, über Jasenovac zu sprechen. Vielmehr nutzten sie das Thema lediglich, um Spaltungen zu vertiefen und die Beziehungen zwischen Montenegro und Kroatien zu belasten. Kroatiens Außenminister Gordan Grlić Radman äußerte sich ähnlich: Diese Politik trage nicht zu guten Beziehungen bei, sondern baue Gräben statt Brücken.

Entsprechend untermalt wurde die Auseinandersetzung zwischen Podgorica und Zagreb noch durch eine weitere Nachricht. Am Montag besuchte der serbische Justizminister Nenad Vujić den Exgeneral Ratko Mladić im Gefängnis im niederländischen Den Haag, wo er als Oberbefehlshaber der bosnisch-serbischen Truppen im Bosnien-Krieg der 1990er Jahre einsitzt. Angesichts des schlechten Gesundheitszustands des 84jährigen forderte Vujić erneut die Überstellung des verurteilten Kriegsverbrechers, in dem viele Serben einen Volkshelden sehen. Allerdings hatte die UNO erst im Juli einen entsprechenden Antrag abgewiesen.

<https://www.jungewelt.de/artikel/521465.balkan-grünes-licht-aus-brüssel.html>